

EP-FH-01 D – WAS FREIHEIT SCHÜTZT

Antragsteller*in: Bundesvorstand
Tagesordnungspunkt: EP-FH Was Freiheit schützt

Antragstext

1 Die Europäische Union (EU) ist ein Raum der Freiheit, der Sicherheit und der
2 Demokratie. Die Europäer*innen haben sie auf den Ruinen von Krieg und
3 Unterdrückung errichtet. Heute garantiert sie, dass wir ohne Grenzkontrollen
4 reisen können, wo uns früher Stacheldraht, Mauern und Schlagbäume trennten. Sie
5 sorgt dafür, dass Meinungsfreiheit gilt, wo noch vor wenigen Jahrzehnten
6 Diktatoren herrschten. Sie schützt den Rechtsstaat. Sie garantiert, dass alle
7 Europäer*innen ihre Regierungen frei wählen können – von der Gemeindeebene bis
8 nach Brüssel.

9 Das Europa, das wir weiter prägen wollen, bietet Sicherheit und Schutz, führt
10 zusammen und bindet ein. Unterschiede nämlich nicht nur auszuhalten, sondern als
11 Chance zu begreifen; Brücken zu bauen über Grenzen und Gräben hinweg; das
12 verbindende Element zu suchen, statt das Trennende tatenlos hinzunehmen: Nichts
13 anderes ist Gründungsgedanke der EU.

14 Sicherheit und Schutz aber brauchen Organe, die sie schaffen und erhalten. Sie
15 wollen wir stärken. Extremismus, Desinformation und Kriminalität machen vor
16 nationalen Grenzen nicht Halt, im Gegenteil: Gerade in den vergangenen Jahren
17 haben wir erlebt, wie autoritäre Staaten unsere freie Gesellschaft angreifen.
18 Die EU ist in der Verantwortung, durch Koordination und starke eigene
19 Institutionen den Schutz zu bieten, den die Bürger*innen zu Recht erwarten –
20 zumal diese Erlebbarkeit von Sicherheit und staatlicher Verlässlichkeit das
21 Vertrauen in den demokratischen Staatenverbund der EU unmittelbar steigert.

22 Die Entwicklung der EU ist eine Entwicklung zu einem immer engeren Bündnis. Das
23 ist gut, denn wir brauchen das Gewicht und die Fähigkeiten der EU, um viele der
24 drängenden Probleme unserer Zeit zu lösen. Wie wir das tun, müssen wir in einem
25 demokratischen Prozess bestimmen. Im Zentrum davon steht das Europäische
26 Parlament, dessen Rechte wir erweitern wollen. So schaffen wir die Grundlage für
27 eine föderale europäische Republik mit einer eigenen Verfassung. Auch wenn
28 Entscheidungsprozesse in Europa zuweilen mühsam und langwierig sind, so stellen
29 sie doch einen großen Wert da: Sie ersetzen die Gewehrkegel, die nicht mit sich
30 reden lässt, mit der Kraft des Wortes und der Diskussion. Dabei steht am Ende
31

32 oft ein Kompromiss, der zwar nicht jede und jeden vollends zufriedenstellt, aber
alle weiterbringt. Dafür stehen wir ein.

33 Denn der Zuwachs an Freiheit, Sicherheit und Demokratie, für den die europäische
34 Einigung seit dem Zweiten Weltkrieg gesorgt hat, dürfte in der Weltgeschichte
35 seinesgleichen suchen. Nicht ohne Grund ist die EU das Zielobjekt von
36 Extremist*innen aller Art: Wer meint, dass Frauen nicht die gleichen Rechte
37 haben sollten wie Männer, wer freie Medien mundtot machen will, wer seine
38 Interessen durch Desinformation und Hetze durchsetzen will – für den ist die EU
39 ein Dorn im Auge.

40 Wir finden: gut so.

41 Wir wollen die EU in ihrer Fähigkeit stärken, die Rechte und Freiheiten derer zu
42 schützen, die hier leben. Unser Credo: Wir schützen unsere Freiheit am besten,
43 wenn wir sie ausbauen. Wir wollen die europäische Demokratie stärken, damit die
44 besten Ideen in einen fairen Wettstreit um die Zukunft unseres Kontinents treten
45 können. Wir wollen die Rechtsstaatlichkeit ausbauen, die allen Bürger*innen
46 Sicherheit und gleiche Rechte bietet. Wir wollen eine EU, die für ihre
47 Bürger*innen arbeitet. Wir wollen, dass diese über das Europäische Parlament
48 noch klarer den Kurs mitbestimmen können. Und wir wollen, dass die EU auch im
49 Inneren, etwa gegenüber Regierungen wie der ungarischen von Viktor Orbán, die
50 nötige Durchsetzungskraft beweist: Wer gegen die Grundwerte der EU verstößt,
51 sollte nicht gleichzeitig uneingeschränkt von ihren Privilegien profitieren
52 können.

53 Die Möglichkeit zur gleichberechtigten Teilhabe aller ist einer dieser
54 Grundwerte – und eine Grundvoraussetzung für unseren Zusammenhalt. Das gilt
55 nicht zuletzt für die Rechte von Frauen. Solange die Hälfte der Bevölkerung in
56 vielen Lebensbereichen benachteiligt ist, solange ist unsere Demokratie nicht
57 vollständig. Autoritäre Kräfte innerhalb und außerhalb Europas stellen unseren
58 Zusammenhalt indes infrage, indem sie einzelne Gruppen zum Feindbild erklären.
59 Das schwächt uns alle und droht unseren Kontinent zu spalten. Dem treten wir
60 entschieden entgegen. Ein vielfältiges Europa ist ein starkes Europa: Es sorgt
61 dafür, dass alle beitragen und teilhaben können. Wir stehen fest an der Seite
62 all jener, die ausgegrenzt und diskriminiert werden. Und weil wir die EU als
63 Vorreiterin einer wertegeleiteten Digitalisierung sehen, wollen wir Demokratie
64 und Rechtsstaatlichkeit auch im Netz sichern.

65 Die EU ist stark, wenn sie im Kern ein Wertebündnis ist. Diese Werte müssen
66 dabei glaubwürdig gelebt werden. Das gilt nicht zuletzt im Umgang mit Menschen,
67 die nach Europa kommen wollen – oder müssen. Das Sterben im Mittelmeer und die
68 Lage an den europäischen Außengrenzen sind unhaltbar. Wir stehen für Humanität
69 und Ordnung im Umgang mit Geflüchteten und Migrant*innen. Wir wollen Schutz
70 bieten und zugleich Einwanderung so gestalten, dass diejenigen, die als

71 Informatikerinnen oder Krankenpfleger, als Studentinnen oder Erntehelfer zum
72 Erfolg unserer Gemeinschaft beitragen wollen, diesen Beitrag auch leisten
73 können.

74 In Vielfalt geeint, so lautet das Motto der EU. Gemeinschaft soll sie sein,
75 Gemeinschaft soll sie bleiben – über alle Unterschiede und Herausforderungen
76 hinweg. Wir setzen uns ein für eine EU, die sich als Motor für ein immer engeres
77 Zusammenwachsen unseres Kontinents versteht. Für einen Kontinent, in dem die
78 Menschen in Freiheit und unter demokratischen Werten sicher leben. Für eine EU,
79 die ein Zuhause bietet. Dieses Europa wollen wir sein.

80 **1. Demokratische Institutionen**

81 **Rechtsstaatlichkeit verteidigen**

82 Die Achtung von Menschenwürde, Freiheit, Demokratie, Gleichheit und
83 Rechtsstaatlichkeit einschließlich der Rechte von Minderheiten bilden das
84 Fundament der EU. Wenn Regierungen in Mitgliedstaaten diese Wertebasis
85 systematisch aushöhlen, indem sie die Unabhängigkeit der Justiz – die erste
86 Wächterin des Rechtsstaats – aushebeln, Freiräume der Opposition und
87 Zivilgesellschaft beschneiden, eine freie Presse bekämpfen, Minderheiten- und
88 LGBTIQ*-Rechte einschränken, das Recht auf Asyl verweigern oder Korruption Tür
89 und Tor öffnen, schwächen sie die EU. Deshalb ist es unverzichtbar, dass die
90 bestehenden Rechtsstaatsinstrumente konsequenter und schneller genutzt und
91 weiterentwickelt werden.

92 Die Grundrechtecharta, das Grundgesetz der EU, wollen wir zum Schutzschirm für
93 Europas Bürger*innen machen. Da sich ihre Anwendung auf die Durchführung von EU-
94 Recht durch die EU- Organe beschränkt, ist ihre Schutzwirkung bislang
95 beschränkt. Das wollen wir ändern: Sie soll auch für das Handeln der
96 Mitgliedstaaten gelten und einklagbar werden. Wenn eine Regierung die
97 Grundrechte ihrer Bürger*innen verletzt, soll sie dafür auch auf europäischer
98 Ebene belangt werden können. Auch die Durchsetzbarkeit der Urteile des
99 Europäischen Menschenrechtsgerichtshofs, der über die Einhaltung der
100 Europäischen Menschenrechtskonvention wacht, wollen wir innerhalb der EU
101 stärken.

102 Dem bestehenden Rechtsstaatscheck und dem Rechtsstaatsdialog, mit denen die Lage
103 der Rechtsstaatlichkeit in allen Mitgliedstaaten durchleuchtet wird, wollen wir
104 mehr Gewicht verleihen. Wir sorgen dafür, dass besonders der Freiraum für die
105 Zivilgesellschaft gezielter bemessen und geschützt wird. Um den Reformdruck zu
106 erhöhen, setzen wir auf verbindliche Reformvereinbarungen zwischen der EU und
107 den Mitgliedstaaten, die perspektivisch sanktionsbewehrt werden müssen.
108 Öffentliche Debatten hierzu im Europäischen Parlament müssen zur Regel werden

109 und in die Bewertungen einfließen. Das Rechtsstaatsverfahren nach Artikel 7, das
110 in einem mehrstufigen Verfahren zum Beispiel zum Entzug des Stimmrechts führen
111 kann, soll wieder nutzbar gemacht werden. Das soll dadurch geschehen, dass die
112 Mitgliedstaaten im Europäischen Rat in allen Phasen des Verfahrens nicht mehr
113 mit Konsens, sondern mit qualifizierter Mehrheit abstimmen.

114 Die Auszahlung von EU-Mitteln soll an die Einhaltung der Rechtsstaatlichkeit,
115 demokratischer Prinzipien und der Grundrechte geknüpft werden. Um den Missbrauch
116 europäischer Steuergelder etwa durch systematische Korruption, Günstlings- und
117 Vetternwirtschaft zugunsten bestimmter Parteien wirksam zu stoppen, darf die
118 Überprüfung nicht allein stehen bleiben. Auch eine wirksame Gewaltenteilung und
119 die umfängliche Gewährung der Grundrechte sind entscheidend. Deshalb erweitern
120 wir den Haushaltsmechanismus auf die Einhaltung der Grundrechtecharta. Das
121 heißt: Bei Verstößen müssen EU-Gelder anteilig und gegebenenfalls stufenweise
122 eingefroren werden.

123 Für eine Stärkung unserer gemeinsamen Werte setzen wir auf eine zwischen Rat,
124 Kommission und Europäischem Parlament besser abgestimmte, sich gegenseitig
125 verstärkende Anwendung aller Rechtsstaatsinstrumente. Die jeweiligen
126 Erkenntnisse führen wir zu einer gemeinsamen Bewertungsgrundlage zusammen. Um
127 einen regelmäßigen Charta-Check zu garantieren, den alle Mitgliedstaaten
128 akzeptieren, schaffen wir eine unabhängige Expert*innen-Kommission, die die EU-
129 Kommission unterstützt. Wollen Mitgliedstaaten künftig EU-Fördermittel erhalten,
130 müssen sie sich verpflichten, mit der europäischen Staatsanwaltschaft zu
131 kooperieren. Bei Mittelkürzungen dürfen am Ende aber nicht die Menschen in den
132 Kommunen die Leidtragenden sein, weil sich korrupte Regierungen aus ihrer
133 finanziellen Verantwortung stehlen und lieber mit dem Finger nach Brüssel
134 zeigen. Daher prüfen wir, wie Kommunen direkt unterstützt werden können.

135 **Mehr Demokratie wagen**

136 Die Stärkung der EU muss mit ihrer weiteren Demokratisierung und mehr Bürgernähe
137 einhergehen. Dazu wollen wir das direkt gewählte Europäische Parlament weiter
138 stärken. Das Parlament soll dem Rat gesetzgeberisch in allen Politikfeldern
139 gleichgestellt sein und wie jedes Parlament gleichberechtigt Gesetze
140 beschließen, etwa in der Steuer- oder Sicherheitspolitik. Es soll ein
141 vollwertiges Initiativrecht erhalten, damit es eigenständig Gesetze auf den Weg
142 bringen kann. Wir wollen sein Recht ausbauen, Untersuchungsausschüsse
143 einzuberufen und Zeug*innen vorzuladen. Außerdem soll es die Kommission auf
144 Vorschlag der Kommissionspräsidentin bzw. des Kommissionspräsidenten wählen und
145 im Notfall wieder entlassen können.

146 Für mehr demokratische Legitimierung der Entscheidungen auf EU-Ebene braucht es
147 mehr Transparenz im Europäischen Rat und in den Ministerräten. Die Debatten und
148 die Positionen der einzelnen Mitgliedsländer sollen nachvollziehbarer gemacht

149 werden.

150 Unsere Vision ist die Föderale Europäische Republik mit einer europäischen
151 Verfassung. Das Parlament soll in einem Zweikammersystem zusammen mit dem Rat
152 ein gleichberechtigter Teil der gesetzgebenden Gewalt werden.

153 Um die Europawahlen europäischer und demokratischer zu machen, wollen wir, dass
154 alle Parteien Spitzenkandidat*innen nominieren. Aus deren Reihen wiederum wählt
155 das Europäische Parlament den nächsten Präsidenten bzw. die nächste Präsidentin
156 der Kommission. Zudem sind bei der Europawahl bislang nur Kandidat*innen aus dem
157 jeweils eigenen Land wählbar. Das wollen wir im Sinne eines
158 grenzüberschreitenden Wahlkampfes ändern. Ein Teil der Abgeordneten soll
159 zukünftig nicht mehr allein über die nationalen Listen, sondern über europäische
160 transnationale Listen bestimmt werden.

161 Junge Menschen mischen sich ein und wollen Europa mitgestalten. Deshalb war die
162 Einführung des Wahlrechts ab 16 Jahren in Deutschland für die Europawahl ein
163 großer Erfolg.

164 Ergänzend zur demokratischen Vertretung der Bürger*innen im Europäischen
165 Parlament wollen wir mehr direkte Teilhabe auch auf EU-Ebene ermöglichen.

166 Mit dem Europäischen Bürger*innenforum können europäische Bürger*innen, die nach
167 dem Zufallsprinzip aus der gesamten Bevölkerung der EU ausgelost werden, in
168 einem Bürger*innen- Gutachten konkrete Handlungsvorschläge formulieren. Das war
169 das Prinzip der Europäischen Zukunftskonferenz. Wir wollen dieses Instrument
170 fest verankern.

171 Die Europäische Bürgerinitiative (EBI), bei der Bürger*innen direkt ein Thema
172 auf die Tagesordnung der europäischen Politik setzen können, wollen wir
173 erweitern, verbindlicher und bekannter machen. Einer erfolgreichen EBI muss
174 zwingend innerhalb eines Jahres ein Gesetzesvorschlag der Europäischen
175 Kommission folgen und dem Europäischen Parlament sowie dem Rat zur Abstimmung
176 vorgelegt werden. Die Initiator*innen einer EBI sollen als Zwischenschritt auch
177 ein Europäisches Bürger*innenforum einberufen können.

178 **Handlungsfähiger werden**

179 Angesichts der vielfältigen Herausforderungen sind wir auf eine handlungsfähige
180 EU angewiesen. Deshalb wollen wir zum einen mit der Ausweitung von
181 Mehrheitsentscheidungen Entscheidungen schneller ermöglichen. Wo bisher noch
182 Einstimmigkeit zwischen den Staaten erforderlich war und Entscheidungen deshalb
183 leicht blockiert werden konnten, soll in Zukunft mit qualifizierter Mehrheit
184 abgestimmt werden. Dabei ist es wichtig, dass die Interessen kleinerer

185 Mitgliedstaaten weiterhin Gehör finden.

186 Zum anderen wollen wir die in den Verträgen vorgesehene Klausel der Verstärkten
187 Zusammenarbeit (Passerelle-Klausel) besser nutzen. Sie erlaubt es einer Gruppe
188 von mindestens neun EU-Mitgliedstaaten, in ausgewählten Politikfeldern enger zu
189 kooperieren und gemeinsam Projekte anzustoßen. Damit können sie schneller
190 wichtige Projekte auf den Weg bringen. Wichtig für uns: Dabei soll das
191 Europäische Parlament einbezogen werden – und alle anderen Mitgliedsländer
192 sollen sich auch zu einem späteren Zeitpunkt anschließen können.

193 Einige der Reformen sind ohne Vertragsänderung möglich. Sie sollen zügig und
194 zeitnah in die Realität umgesetzt werden. Eine Reihe der Reformvorschläge, für
195 die wir eintreten, bedarf einer Vertragsänderung. Dafür wollen wir einen Konvent
196 unter der Einbeziehung von EU- Bürger*innen einberufen. Dieser soll die
197 Empfehlung der wegweisenden Konferenz zur Zukunft der EU einbeziehen. Hier waren
198 Bürger*innen maßgeblich an der Formulierung von neuen Perspektiven für die EU
199 beteiligt.

200 **Korruption bekämpfen**

201 Demokratie lebt vom Vertrauen der Bürger*innen, jeder Anschein käuflicher
202 Politik richtet Schaden an. Wir sorgen deshalb für mehr Transparenz im
203 Europäischen Parlament, in der Kommission und im Rat, um die Glaubwürdigkeit
204 demokratischer Prozesse und das Vertrauen in die EU zu stärken. Wir machen
205 Lobbyinteressen und Interessenskonflikte für alle sichtbar. Mit dem
206 Korruptionsskandal einzelner Europaabgeordneter aus dem Jahr 2022 ist das
207 dringlicher denn je.

208 Den Verhaltenskodex des Europäischen Parlaments stellen wir endlich scharf. Bei
209 Verstößen müssen finanzielle Strafen auf dem Fuße folgen. Mit einem für alle EU-
210 Institutionen, auch den Rat, verbindlichen Lobbyregister legen wir auf allen
211 politischen Ebenen offen, wer in den Institutionen ein- und ausgeht. Diejenigen,
212 die auf die Gesetzgebung Einfluss ausüben, machen wir durch einen „legislativen
213 Fußabdruck“ sichtbar, der umfassend nachvollziehbar macht, welche Positionen im
214 Gesetzgebungsprozess eingebracht wurden.

215 Wir beenden die unwirksame reine Selbstkontrolle und schalten eine unabhängige
216 Ethikbehörde ein, die für alle EU-Institutionen die Regeln zur Lobbykontrolle
217 durchsetzt. Beim Wechsel zwischen Politik und Wirtschaft sorgen wir für klare
218 Karenzzeitregeln, die an Übergangszahlungen angepasst sind, und für deren
219 Kontrolle.

220 Mit einer EU-weiten Datenbank, die politische Onlinewerbung sowie ihre Auftrag-
221 und Geldgeber*innen transparent erfasst und digitaler Wahlkampfwerbung bei der
222

223 Nutzung persönlicher Daten klare Schranken setzt, garantieren wir mehr Fairness
224 im demokratischen Wettbewerb und mehr Schutz gegen Desinformation und
Onlinehass.

225 **2. Feminismus**

226 **Europa zum Motor für Frauenrechte machen**

227 Frauen und Mädchen sollen in der gesamten EU gleichgestellt und selbstbestimmt
228 leben können. In Politik, Wirtschaft, Kultur, Wissenschaft und Gesellschaft –
229 überall gibt es noch viel zu tun. Oft war Europa die Vorreiterin für
230 Frauenrechte und Gleichstellung der Geschlechter. Doch rechte und
231 rechtskonservative Kräfte in vielen Ländern nehmen unsere Errungenschaften ins
232 Visier. Sie versuchen durch eine rückwärtsgewandte Familienpolitik, Frauen aus
233 dem Arbeitsmarkt zu drängen. Reproduktive Rechte, besonders das Recht auf
234 Schwangerschaftsabbruch, werden offen infrage gestellt, Errungenschaften im
235 Kampf gegen Gewalt an Frauen werden zurückgedrängt. Dem stellen wir uns mit
236 aller Macht entgegen.

237 Unser Ziel ist es, dass die EU eine Garantin für Geschlechtergerechtigkeit auf
238 unserem Kontinent bleibt. Geschlechtergerechtigkeit soll sich durch alle
239 Politikbereiche der Union ziehen. Deshalb wollen wir das EIGE (European
240 Institute for Gender Equality) stärken und ausbauen.

241 Die Gender-Equality-Strategie der EU-Kommission, die 2025 ausläuft, muss zügig
242 und umfangreich evaluiert werden. Auf Grundlage dieser Ergebnisse werden wir in
243 der kommenden Legislatur einen ambitionierten Plan erstellen, um mit großen
244 Schritten in Sachen Gleichberechtigung voranzukommen.

245 Alle Menschen müssen selbst über ihren Körper und ihr Leben entscheiden können.
246 Wir wollen auch deswegen, dass die EU die Selbstbestimmungsrechte von Frauen und
247 Mädchen stärkt. Dazu gehört, dass die reproduktive Gesundheit und das Recht auf
248 körperliche Selbstbestimmung sowie selbstbestimmte Familienplanung für alle
249 sichergestellt sind. Wir wollen den uneingeschränkten Zugang zu
250 Verhütungsmitteln stärken. Eine professionelle Beratung zur Familienplanung ist
251 die Grundlage für selbstbestimmte Entscheidungen. Sie muss breit in der EU
252 verfügbar sein. Die Initiative, das Recht auf Schwangerschaftsabbruch in der EU-
253 Grundrechtecharta zu verankern, unterstützen wir.

254 **Chancengleichheit auf dem Arbeitsmarkt verwirklichen**

255 Alle profitieren davon, wenn Frauen bessere Chancen auf dem Arbeitsmarkt haben.
256 Als Ingenieurinnen, Erzieherinnen, Ärztinnen und in unzähligen weiteren Berufen
257 schaffen sie Wohlstand – für Europa und für sich: Denn eine faire Beteiligung am

258 Arbeitsmarkt hilft Frauen, ihre wirtschaftliche Situation zu verbessern und zum
259 Beispiel Altersarmut zu vermeiden. Um dieses Ziel zu erreichen, wollen wir auch
260 politisch den Weg ebnen.

261 Der Gender-Pay-Gap, also die Lücke zwischen den Löhnen von Männern und denen von
262 Frauen, klappt in allen EU-Ländern. Im Durchschnitt liegt er bei 12,1 Prozent,
263 in Deutschland sogar bei circa 18 Prozent. Deshalb war die Verabschiedung der
264 Lohntransparenzrichtlinie ein großer Erfolg. Sie schafft mehr Transparenz durch
265 Auskunftsansprüche und Berichte, Entschädigungsansprüche bei
266 geschlechtsspezifischer Lohndiskriminierung und stärkt so die Rechte der
267 Arbeitnehmerinnen. Wir setzen uns mit aller Kraft dafür ein, dass diese
268 Richtlinie auch in den Mitgliedstaaten konsequent umgesetzt wird. Und natürlich
269 müssen sogenannte Sorge- und Care-Berufe, die hauptsächlich von Frauen ausgeübt
270 werden, durch bessere Arbeitsbedingungen und Bezahlung aufgewertet sowie die
271 gerechtere Verteilung von bezahlter Arbeit und unbezahlter Sorgearbeit zwischen
272 Frauen und Männern verbessert werden.

273 Um für Frauen die gleichen Zugangs- und Aufstiegschancen auf dem Arbeitsmarkt zu
274 schaffen und die Geschlechtergerechtigkeit zu erhöhen, wurde vom Europäischen
275 Rat eine Vereinbarkeitsrichtlinie erlassen. Diese soll es Eltern
276 partnerschaftlich ermöglichen, Berufs- und Privatleben miteinander zu
277 vereinbaren. Mit der Familienstartzeit, die Partner*innen nach der Geburt eine
278 14-tägige berufliche Freistellung ermöglicht, wird die Bundesregierung hier
279 einen weiteren Schritt zur Erfüllung tun und Paare bei der partnerschaftlichen
280 Arbeitsteilung unterstützen. Eine gute und partnerschaftliche Vereinbarkeit von
281 Beruf und Familie ist eine effektive Maßnahme, um dem existierenden
282 Fachkräftemangel durch eine höhere Erwerbsquote von Frauen entgegenzuwirken.
283 Denn: Viele Frauen möchten gern mehr arbeiten und immer mehr Männer wünschen
284 sich, Familienaufgaben paritätisch aufzuteilen – die Bedingungen lassen es aber
285 nicht zu.

286 Besonders auffällig ist der geringe Anteil von Frauen in allen Bereichen der
287 sogenannten MINT-Berufe und den entsprechenden Studiengängen. Das gilt für ganz
288 Europa. Angesichts des Arbeits- und Fachkräftemangels ist es geradezu
289 fahrlässig, auf dieses Potenzial zu verzichten. Entsprechend wollen wir das
290 Arbeitskräfteangebot für den MINT-Bereich verbessern. Auf EU-Ebene fordern wir
291 deshalb bessere Finanzierungsmöglichkeiten für Darlehen und
292 Eigenkapitalfinanzierungen für junge Unternehmerinnen und Innovatorinnen durch
293 EU-Fonds und Programme sowie die Erleichterung des Zugangs von Frauen zu
294 bestehenden Fonds, aber auch zu gut bezahlten Arbeitsplätzen.

295 **Gewaltschutz durchsetzen**

296 Wir wollen ein Europa, das Schutz und Unterstützung für alle Opfer von
297 geschlechtsbasierter Gewalt bietet. Wir setzen uns dafür ein, dass Gewalt gegen

298 Frauen verhindert bzw. verfolgt und verurteilt wird. Ein wichtiger Baustein
299 dafür ist die finanzielle Unabhängigkeit von Frauen, da sie die Trennung von
300 gewalttätigen Partnern erleichtert und somit eine wichtige Voraussetzung für ein
301 selbstbestimmtes Leben ist. Die Istanbul-Konvention ist das erste Instrument in
302 Europa, das rechtsverbindliche Standards speziell zur Bekämpfung von Gewalt
303 gegen Frauen und häuslicher Gewalt festlegt. Endlich wurden durch die Initiative
304 der Bundesregierung auch in Deutschland sämtliche Vorbehalte zurückgenommen. Bis
305 heute aber haben sechs Mitgliedstaaten – Bulgarien, die Tschechische Republik,
306 Ungarn, Lettland, Litauen und die Slowakei – diese Konvention noch nicht
307 ratifiziert. Deshalb ist es ein großer Erfolg, dass die EU selbst umfassend und
308 ohne Ausnahmen der Istanbul-Konvention beigetreten ist. Wir wollen, dass alle
309 Leistungen der Mitgliedstaaten zum Schutz von Frauen mindestens den
310 Verpflichtungen aus der Istanbul-Konvention und ihrem erläuternden Bericht
311 entsprechen – einschließlich der Standards für Unterkünfte, Betreuungsstellen
312 für Opfer sowie Notrufstellen. Nun muss auch die ergänzende neue EU-Richtlinie
313 zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt zügig verabschiedet
314 und umgesetzt werden.

315 **Menschenhandel bekämpfen**

316 Menschenhandel ist eine schwere Straftat und Menschenrechtsverletzung, die wir
317 durch ein gemeinsames europäisches Vorgehen konsequent bekämpfen müssen. Die
318 verbreitetste Form des Menschenhandels in der EU geschieht zum Zweck der
319 sexuellen Ausbeutung. Betroffene werden gezwungen, unter menschenunwürdigen
320 Bedingungen in der Prostitution zu arbeiten. Mehr als die Hälfte der Opfer von
321 Menschenhandel zum Zweck der sexuellen Ausbeutung in der EU sind EU-
322 Bürger*innen, überwiegend Frauen und Mädchen.

323 Wir wollen die internationale Zusammenarbeit bei der Prävention, Strafverfolgung
324 und zum Schutz der Betroffenen entlang der bereits bestehenden Vereinbarungen
325 stärken. Darüber hinaus machen wir uns bei der anstehenden Überarbeitung der EU-
326 Opferschutz-Richtlinie dafür stark, dass alle Opfer von Straftaten besser
327 geschützt werden. Wir wollen den Zugang zu Informationen über Opferrechte
328 stärken sowie eine gute Koordination zwischen den Mitgliedstaaten, öffentlichen
329 Stellen und den Justizbehörden sicherstellen. Dabei muss der Opferschutz im
330 Zentrum des Handelns stehen. Opfer von Menschenhandel einfach abzuschieben, ist
331 falsch. Stattdessen würden ihre Anzeige- und Aussagebereitschaft durch
332 Schutzprogramme und dauerhafte Bleiberechte erhöht und die Strafverfolgung der
333 Täter*innen erleichtert.

334 **Die Hälfte der Macht zur Realität werden lassen**

335 Solange Frauen in Schlüsselbereichen von Wirtschaft, Politik und Gesellschaft
336 nicht angemessen vertreten sind, ist die Demokratie nicht vollständig. Auch in
337 Europa müssen wir immer noch mit der Lupe suchen, um Frauen in Aufsichtsräten

338 und Vorständen zu finden. Wir begrüßen, dass die Richtlinie zu
339 Führungspositionen nun endlich in Kraft treten konnte. Denn verbindliche Quoten
340 sind ein effektives Mittel, um Führungsgremien in Wirtschaft und Politik
341 geschlechtergerecht zu besetzen, auch in den Institutionen der EU selbst. Auch
342 die Kommission selbst soll geschlechterparitätisch besetzt werden.

343 Um die finanzielle Macht in Europa geschlechtergerechter zu gestalten, wollen
344 wir ein effektives Gender Budgeting und Gleichstellungschecks für den EU-
345 Haushalt durchsetzen. Es ist uns gelungen, künftige EU-Haushalte gerechter für
346 alle Geschlechter aufzustellen: In der neuen Haushaltsordnung ist nun
347 festgeschrieben, dass die Vergabe von EU-Geldern nach Geschlechtern transparent
348 gemacht wird. Dadurch werden bestehende Ungerechtigkeiten bei der
349 Mittelverteilung sichtbar und können korrigiert werden. Zudem hat die Kommission
350 eine Methode zur Messung der Auswirkungen von Haushaltsmitteln auf die
351 Gleichstellung entwickelt. Diese muss aber in einigen Bereichen noch verbessert
352 werden. Aufgrund der neuen Datenlage muss der nächste Mehrjährige Finanzrahmen
353 geschlechtergerecht gestaltet werden.

354 **3. Europas Vielfalt**

355 **Zivilgesellschaft stärken**

356 Europa zeichnet sich durch seine Vielfalt und das Miteinander verschiedener
357 Menschen aus. Queere Menschen, Menschen mit und ohne Behinderung, Atheist*innen
358 und religiöse Menschen, Junge und Alte bringen jeweils ihre Lebensperspektiven
359 ein, gestalten unser Miteinander und unsere Demokratie. Unsere pluralistische
360 Demokratie ist stark, weil sie in Bürgerinitiativen und Parteien, Vereinen und
361 Nichtregierungsorganisationen (NGOs) eine lebendige Zivilgesellschaft gestalten.
362 Es ist Aufgabe der EU, diese Freiheitsrechte zu sichern.

363 Wir unterstützen deshalb die europäische Zivilgesellschaft dabei, sich selbst
364 grenzüberschreitend zu denken und zu organisieren. Im Europäischen Parlament
365 haben wir erfolgreich eine Initiative für ein europäisches Vereinsrecht auf den
366 Weg gebracht. So sorgen wir dafür, dass zivilgesellschaftliche Initiativen
367 überall in Europa rechtlich abgesichert arbeiten können.

368 Zivilgesellschaftliche Initiativen sind häufig die erste Anlaufstelle für
369 Menschen, die Diskriminierung und Gewalt erfahren. Damit sie Betroffene
370 angemessen beraten können, wollen wir die bestehenden Beratungsstrukturen weiter
371 fördern und ausbauen.

372 Wir setzen uns dafür ein, dass Förderprogramme wie „Bürgerinnen und Bürger,
373 Gleichstellung, Rechte und Werte“ (CERV) angemessen ausgestattet werden. So
374 fördern wir Initiativen und Selbstvertretungsorganisationen, die sich für die

375 Gleichberechtigung aller Menschen stark machen und dort aktiv sind, wo
376 Rechtsstaatlichkeit und Demokratie besonders unter Druck stehen.

377 Religion und Glauben haben eine integrative Kraft in der Gesellschaft und sind
378 Bestandteil unserer Kulturen. Sie sind die Grundlage vieler Gemeinden und
379 Einrichtungen, die zum Zusammenhalt beitragen. Religionsfreiheit ist konstitutiv
380 für eine vielfältige und freie Gesellschaft. Menschen, die aufgrund ihres
381 Glaubens oder ihrer Weltanschauung verfolgt werden, verdienen unseren Schutz.
382 Wir wollen den interreligiösen Dialog vertiefen und Gemeinden dabei
383 unterstützen, Menschen verschiedenen Glaubens miteinander in Kontakt zu bringen.
384 Wir sind überzeugt, dass im gegenseitigen Respekt und im Dialog auf Augenhöhe
385 unser vielfältiges Europa gestärkt wird.

386 **Diskriminierung überwinden**

387 Sicherheit, das Recht auf körperliche Unversehrtheit und Bürger*innen-Rechte
388 gelten für alle Menschen. Sie sind die Voraussetzung für ein Leben in Freiheit.
389 Sie müssen unabhängig davon gelten, woher ein Mensch kommt, wie er oder sie
390 liebt, lebt oder glaubt. Ein Europa, das in seiner Vielfalt zusammenhält und die
391 Rechte jedes und jeder Einzelnen schützt, schafft demokratischen Fortschritt,
392 Teilhabe und Freiheit für alle. Um dieses Versprechen einzulösen, muss die EU
393 konsequent mit rechtlichen Maßnahmen gegen Diskriminierung vorgehen.

394 Noch immer ist Antisemitismus bis in die Mitte der europäischen Gesellschaft
395 tief verwoben. Jüdische Einrichtungen werden bedroht und angegriffen. Dem
396 stellen wir uns entschlossen entgegen. Dies gilt in besonderer Weise für uns als
397 Deutschland und dem Versprechen „Nie wieder!“, dem sich auch Europa nach dem
398 Zweiten Weltkrieg und der Shoah verpflichtet hat. Es ist die Aufgabe aller
399 Mitgliedstaaten, die Sicherheit jüdischer Gemeinden zu gewährleisten und
400 sicherzustellen, dass Jüdinnen und Juden in Europa eine sichere Zukunft sehen.
401 Wir befürworten deshalb die Aufstockung der europäischen Gelder für
402 Sicherheitsprojekte, um sie dabei zu unterstützen. Als Europäer*innen ist es
403 nicht nur unsere Aufgabe, Antisemitismus in all seinen Formen entgegenzutreten,
404 sondern auch jüdisches Leben in seiner Vielfalt sichtbar zu machen und zu
405 stärken. Um das Wissen über das jüdische Leben allgemein sowie Kontakte und
406 Erfahrungen mit jüdischen Menschen europaweit zu vermitteln, wollen wir
407 politische und kulturelle Bildungsangebote fördern.

408 Muslim*innen bilden die zweitgrößte Religionsgemeinschaft in Europa.
409 Muslimisches Leben gehört zu Europa und ist zugleich zur Zielscheibe von rechten
410 und verschwörungsideologischen Bewegungen geworden. Wir begrüßen es, dass die EU
411 nach langer Zeit endlich die Stelle der EU-Koordinatorin gegen
412 Islamfeindlichkeit neu besetzt hat. Ihre Rolle wollen wir stärken.

413 Wir wollen, dass die Bekämpfung von Antiziganismus eine neue Priorität wird und

414 sich dabei von paternalistischen Ansätzen verabschiedet. Denn Menschen mit
415 Romani-Hintergrund werden beim Zugang zu Bildung, Gesundheit, Wohnen und Arbeit
416 oft benachteiligt. Damit die politische Teilhabe und der Einsatz gegen
417 Antiziganismus gefördert werden, richten wir ein europäisches Beratungsgremium
418 ein. Diesem gehören unter anderem Expert*innen für Roma- Politik,
419 Selbstvertretungsorganisationen und lokale sowie regionale Gebietskörperschaften
420 an.

421 Menschen, die Diskriminierung erfahren, sei es durch öffentliche Institutionen,
422 auf dem Wohnungs- oder auf dem Arbeitsmarkt, dürfen nicht allein gelassen
423 werden, sondern müssen Recht und Gesetz auf ihrer Seite wissen. Die EU hat durch
424 ihre Vorgaben den Schutz gegen Diskriminierung bereits erheblich verbessert. Um
425 das Schutzniveau zu vereinheitlichen und zu stärken sowie Schutzlücken zu
426 schließen, wollen wir, dass die 5. Antidiskriminierungsrichtlinie endlich
427 verabschiedet wird. Das Amt der bzw. des Antirassismusbeauftragten der
428 Europäischen Kommission soll gestärkt und über 2025 hinaus besetzt werden. Wir
429 unterstützen die Minority-SafePack-Initiative und wollen Minderheitenrechte wie
430 den Erhalt von Sprache, Kultur und Identität in der EU stärken.

431 **Queere Rechte schützen**

432 Die Möglichkeit, sich frei zu entfalten und in der eigenen Individualität leben
433 zu können, ist ein Kern der europäischen Werte. Obwohl queere Menschen in den
434 letzten Jahrzehnten viele ihrer Rechte erfolgreich erkämpfen konnten, erleben
435 wir, dass autoritäre Kräfte versuchen, diese wieder zurückzudrehen. Nicht selten
436 ist ein selbstbestimmtes Leben in Sicherheit für lesbische, schwule, bisexuelle,
437 trans*, inter* und queere Menschen (LGBTIQ*) nicht möglich, weil ihre Rechte
438 eingeschränkt oder sie im Alltag angefeindet oder angegriffen werden. Diesen
439 Versuchen stellen wir uns klar entgegen, ganz egal aus welcher Motivation sie
440 geschehen oder von wem sie ausgehen.

441 Auf unsere Initiative hin hat das Europäische Parlament die EU zur „LGBTIQ*
442 Freedom Zone“ erklärt. Wir setzen uns auf dieser Grundlage dafür ein, dass die
443 EU-Kommission und der Rat alle ihnen zur Verfügung stehenden Instrumente –
444 inklusive Vertragsverletzungsverfahren und Sanktionen – nutzen, um das
445 systematische Vorgehen von Regierungen gegen LGBTIQ*-Personen sowie die
446 Demontage von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit zu stoppen.

447 Familie ist dort, wo Menschen Verantwortung füreinander übernehmen – ob mit zwei
448 Müttern, alleinerziehend oder Mutter und Vater. Landesgrenzen dürfen nicht
449 darüber entscheiden, ob Kinder mit ihren Eltern aufwachsen, denn das Recht auf
450 Freizügigkeit muss auch für Regenbogenfamilien ohne Wenn und Aber gelten. Wir
451 streiten dafür, dass eine in einem EU-Land begründete Elternschaft, eingetragene
452 Partnerschaft oder gleichgeschlechtliche Ehe in der gesamten Union anerkannt
453 wird.

454 **Inklusion verwirklichen**

455 Die europäische Behindertenbewegung hat sich erfolgreich für ihr Recht auf
456 Gleichstellung und Teilhabe eingesetzt. Mit der Verabschiedung der UN-
457 Behindertenrechtskonvention haben sich die EU-Mitgliedstaaten verpflichtet, alle
458 Barrieren abzubauen, die der Teilhabe am politischen und gesellschaftlichen
459 Leben im Weg stehen. Wir wollen dafür sorgen, dass die inklusive Gesellschaft
460 endlich in ganz Europa Wirklichkeit wird.

461 Um selbstbestimmtes Leben zu ermöglichen, wollen wir eine stärkere Förderung von
462 selbstständigem Wohnen, inklusivem Leben und Arbeiten. Dazu wollen wir unter
463 anderem das Werkstättensystem reformieren – denn sozialer Schutz und
464 Mindestlöhne müssen auch für Menschen mit Behinderung gelten.

465 Schlechte Nutzbarkeit von Webseiten, Stufen ohne Rampe, zu enge Türen – Menschen
466 mit Behinderung, aber auch ältere Menschen oder mobilitätseingeschränkte
467 Personen erleben in ihrem Alltag unterschiedliche Barrieren, die ihre Teilhabe
468 am öffentlichen Leben einschränken. Wir setzen uns dafür ein, dass die EU-
469 Barrierefreiheitsrichtlinie, der sogenannte European Accessibility Act (EAA), in
470 allen Mitgliedstaaten – auch in Deutschland – umgesetzt wird.

471 Um die europäische Freizügigkeit auch für Menschen mit Behinderung erlebbar zu
472 machen, wollen wir einen europäischen Schwerbehindertenausweis einführen,
473 gegenseitige Anerkennung nationaler Definitionen von Behinderung und
474 barrierefreies Reisen durch ganz Europa umsetzen. Dies gilt auch für die
475 Inanspruchnahme von sozialen Leistungen.

476 **4. Eine lebendige Kulturlandschaft**

477 **Kultur als Säule der Demokratie**

478 Wenig eint Europa so sehr wie seine vielfältige, lebendige Kultur. Sie entsteht
479 aus dem Zusammenspiel von Traditionen des gesamten Kontinents mit Einflüssen von
480 außen und der beständigen Entwicklung neuer Ausdrucksformen. Kultur ist ein Wert
481 an sich und zugleich ein unverzichtbarer Teil der europäischen Demokratie, denn
482 in ihr finden Austausch und Zusammenleben über Grenzen hinweg auf verschiedenste
483 Weise statt. Wir verteidigen deshalb die freie Kunst und Kultur gegen staatliche
484 Eingriffe, aber auch durch die Gestaltung einer öffentlichen Förderung, die
485 künstlerische Kreativität auch jenseits der Marktlogiken ermöglicht.

486 Das Programm „Creative Europe“ wollen wir deshalb ausbauen und deutlich
487 vereinfachen, um die Zusammenarbeit und den Austausch von Künstler*innen und
488 Kulturveranstalter*innen in ganz Europa zu ermöglichen, nicht zuletzt auch dort,
489 wo Vielfalt und Demokratie unter Druck stehen. Es soll sich als Dienstleister

490 für Kulturschaffende verstehen, der ansprechbar ist sowie schnell und
491 zielgerichtet unterstützt.

492 Das Ziel der Klimaneutralität betrifft in besonderem Maß die europäische
493 Dimension der Kultur, die von der Bewegung von Kulturgütern und Menschen lebt.
494 Wir wollen daher im Rahmen von Creative Europe ein Programm schaffen, in dem
495 Beratung und Finanzierung für den Wandel der europäischen Kulturzusammenarbeit
496 hin zur Klimaneutralität gebündelt werden. Auch die Idee des Neuen Europäischen
497 Bauhauses, das einen interdisziplinären Ansatz für klimaneutrales Bauen und
498 Gestalten fördert, wollen wir partizipativ weiter ausbauen und als eigene
499 Mission in Horizont Europa verankern.

500 Im Programm der europäischen Kulturhauptstädte wird die Vielfalt unseres
501 Kontinents erlebbar und gefördert. Wir wollen dieses erfolgreiche Konzept
502 fortführen, dabei aber die Bewerbungsverfahren überprüfen und transparenter
503 gestalten.

504 Zur europäischen Kultur gehört auch ihre gewachsene Struktur einer unabhängigen
505 Kulturwirtschaft mit kleinen und mittelständischen Unternehmen. Sie gestalten
506 unter anderem virtuelle Welten, Games, Filme oder Serien und sind wesentliche
507 Treiberinnen von Innovation und Wachstum – weit über ihren eigenen Sektor
508 hinaus. Diese Strukturen wollen wir fördern und gegen die Marktmacht der großen
509 internationalen Plattformen schützen, etwa indem wir uns in Handelsabkommen für
510 die Aufrechterhaltung der kulturellen Ausnahme einsetzen.

511 **Kreative stärken**

512 Die Schaffenskraft von Künstler*innen und Kreativen ist die Grundlage für unsere
513 lebendige Kulturlandschaft. Angesichts technischer und gesellschaftlicher
514 Veränderungen müssen sie ihren Platz in der Wertschöpfungskette der
515 Kulturproduktion immer wieder neu behaupten. Das gilt vor allem für die neuen
516 Entwicklungen der Künstlichen Intelligenz (KI). Diese nutzt von Menschen
517 erdachte Bilder, Töne und Texte, um neue Inhalte zu erzeugen. Damit tritt sie in
518 Konkurrenz zu menschlichen Urheber*innen. Wir setzen uns daher für die
519 Durchsetzung der Rechte von Urheber*innen ein, zum Beispiel dafür, dass sie die
520 Zustimmung zur Verwendung ihres Materials auf der Grundlage des bestehenden
521 Urheberrechts verweigern dürfen. Urheber*innen wollen wir bei der fairen
522 Vergütung ihrer Werke unterstützen. Urheber*innen und auch andere
523 Kulturschaffende wie Schauspieler*innen oder Musiker*innen müssen einen Platz am
524 Tisch haben, wenn über die Weichenstellungen der digitalisierten Kulturwelt
525 entschieden wird.

526 Durch eine Erweiterung des Erasmus-Programms auf Künstler*innen und Kreative
527 wollen wir die Mobilität und die europäische Perspektive von Kulturschaffenden
528 weiter stärken. Für Kulturschaffende, denen außerhalb der EU Verfolgung droht,

529 wollen wir einen sicheren Hafen und Unterstützungsmöglichkeiten anbieten.

530 **Medienfreiheit garantieren**

531 Freie Medien sind eine unverzichtbare Grundlage für jede demokratische
532 Öffentlichkeit. Auch in Mitgliedstaaten der EU wird diese Grundlage heute
533 angegriffen. Wir unterstützen deshalb verbindliche Instrumente, um gegen die
534 Einschränkung von Pressefreiheit – sei es in Form offener Zensur, durch die
535 Kontrolle und Zentralisierung von Verlageigentum oder auf anderem Weg –
536 vorzugehen. Dabei gilt für uns auch hier, dass alle Kontrollmechanismen dem
537 Grundsatz der Staatsferne folgen müssen.

538 Private Medien in Print und Online werden auch durch die Marktmacht der
539 Plattformen im Wettbewerb um Werbeeinnahmen stark in ihrem Wirtschaftsmodell
540 beeinträchtigt. Wir streben deshalb an, durch geeignete Instrumente die
541 Wettbewerbssituation für journalistische Angebote besonders im Netz zu
542 verbessern.

543 Der grenz- und sprachüberschreitende Raum der EU stellt für die Herausbildung
544 einer gemeinsamen Öffentlichkeit eine besondere Herausforderung dar. Deshalb
545 setzen wir uns für einen Ausbau transnationaler und mehrsprachiger Angebote des
546 öffentlich-rechtlichen Rundfunks ein. Konkret wollen wir dazu zunächst den
547 erfolgreichen Ansatz des Senders arte ausbauen und ihn schrittweise zu einem
548 gemeinsamen europäischen Angebot entwickeln. Darüber hinaus setzen wir uns für
549 die Vernetzung der Angebote des öffentlich-rechtlichen Rundfunks in Europa und
550 für eine verbesserte Auffindbarkeit europäischer Kultur- und Medienangebote im
551 Netz ein. Wir wollen Förderung und Schutz für Exilmedien schaffen, damit die EU
552 ein Raum des freien Ausdrucks auch für Menschen aus Ländern sein kann, in denen
553 die Presse- und Meinungsfreiheit unterdrückt wird.

554 **Europäisch erinnern**

555 Die Erinnerung an vergangenes Unrecht gehört zu den Grundlagen aller
556 Gesellschaften eines Kontinents, der über Jahrhunderte von Gewalt und Kriegen
557 gezeichnet war. Die EU als Friedensprojekt hat die Aufgabe, diese Perspektiven
558 zueinander in Beziehung zu setzen. Erinnerung soll einen Beitrag zu Versöhnung
559 und Verständigung leisten, nicht spalten. Dabei ist es wichtig, eine
560 multiperspektivische Erinnerungskultur zu fördern, die auch die Geschichte von
561 bisher zu Unrecht überhörten Gruppen mit in den Blick nimmt. Wir wollen mit
562 europäischen Mitteln Initiativen unterstützen, die sich der Aufgabe der
563 Verständigung widmen und beispielsweise auch in Osteuropa die sich historisch
564 überlagernden Gewalterfahrungen durch den Angriffskrieg Deutschlands sowie die
565 Unterdrückung durch die Sowjetunion in ihrem komplexen Erbe verständlich und
566 nachvollziehbar machen. Bestrebungen nach einer Umdeutung der Geschichte im
567 Dienste nationalistischer Tendenzen treten wir entschieden entgegen.

568 Allen Versuchen, einen „Schlusstrich“ unter das Erinnern an die Verbrechen des
569 Nationalsozialismus und besonders der Shoah zu ziehen oder sie zu verharmlosen,
570 stellen wir uns klar entgegen. Sie sind mit den demokratischen Werten
571 unvereinbar. Wir werden dies nicht unbeantwortet lassen – nicht in Deutschland,
572 nicht in Europa, nirgendwo.

573 Zum europäischen Erbe gehört auch die grausame Geschichte von Völkermord,
574 Kolonialismus, Versklavung und Ausbeutung in Afrika, Lateinamerika und Asien.
575 Viele europäische Staaten waren in diese Verbrechen verwickelt und profitieren
576 teilweise noch heute von den damals geschaffenen Abhängigkeiten. Deswegen wollen
577 wir die Aufarbeitung der kolonialen Geschichte in enger Zusammenarbeit mit den
578 Nachkommen, mit Forscher*innen und zivilgesellschaftlichen Initiativen aus
579 ehemals kolonisierten Staaten auch auf europäischer Ebene vorantreiben. Dazu
580 gehört die Rückgabe beispielsweise von Raubkunst oder menschlichen Gebeinen.

581 **Fair Play im Sport**

582 Ob Amateurfußball oder Champions League, ob Fahrradausflug oder Tour de France –
583 Sport steht im Herzen von Europa. Er verbindet Menschen, schafft und vermittelt
584 regionale Identitäten, sorgt für Gesprächsstoff. Im Zentrum stehen die vielen
585 Menschen, die sich ehrenamtlich in Vereinen und Verbänden engagieren. Wir wollen
586 Verbände stärken, die sich besonders für gesellschaftlichen Zusammenhalt,
587 Demokratie und Gleichberechtigung sowie gegen Ausgrenzung und Hass stark machen.
588 Europäische Fördermittel wollen wir für sie einfacher zugänglich machen.

589 Sport kann nur dann eine Vorbildfunktion einnehmen und verbinden, wenn er fair
590 und transparent funktioniert. Betrug, Doping und Korruption stehen seinem Wesen
591 diametral entgegen. Wir wollen daher eine unabhängige europäische Agentur
592 etablieren, die sich mit NGOs, Anti-Korruptionsexpert*innen sowie
593 internationalen Ermittler*innen für Transparenz, Integrität und echte
594 Rechenschaftspflichten um Korruptions- und Betrugsfälle im weltweiten Sport
595 kümmert.

596 Damit wollen wir Vertrauen wiederherstellen. Das ist auch eine Grundlage dafür,
597 dass internationale Sportgroßveranstaltungen in Europa weiter ihren Platz haben.
598 Wenn sie mit klaren und verlässlichen Standards für soziale und ökologische
599 Fairness und Nachhaltigkeit arbeiten, können sie damit weltweit einen
600 Wettbewerbsvorteil erlangen und Zeichen setzen. Wir setzen besonders auf eine
601 grenzüberschreitende Ausrichtung von Sportereignissen. So machen wir den
602 europäischen Spitzensport gemeinsam erlebbar.

603 Wir wollen Sport gegen die Auswirkungen der Klimakrise resilient machen. Viele
604 Sportarten sind von einer intakten Natur abhängig, gleichzeitig verursacht der
605 Sport Schäden. Wir wollen durch ein europäisches Forschungsprogramm Wege
606 aufzeigen, wie sich Europas vielfältige Sportszene klimaneutral entwickeln kann.

607 **5. Humanität und Ordnung**

608 **Fach- und Arbeitskräfte willkommen heißen**

609 Europa steht vor einem demografischen Wandel mit einer rasch alternden
610 Bevölkerung und sucht händeringend nach Fach- und Arbeitskräften. Um unseren
611 Wohlstand zu sichern, müssen wir im weltweiten Wettbewerb um schlaue Köpfe und
612 fleißige Hände attraktiver werden und Einwanderung modern gestalten. Statt
613 bürokratischer und langwieriger Verfahren wollen wir die Fach- und
614 Arbeitskräfteeinwanderung mit EU-weiten gemeinsamen Rahmenregelungen fördern.
615 Hierzu zählt, die Anerkennung von Bildungsabschlüssen aus Drittstaaten
616 einheitlich und unbürokratisch zu gestalten.

617 Um qualifizierte Fachkräfte anzuwerben, wollen wir den EU-Talentpool weiter
618 ausbauen. Dafür braucht es in den europäischen Botschaften mehr Personal und
619 eine Digitalisierungsoffensive, damit Anträge schnell und auch digital gestellt
620 werden können. Fach- und Arbeitskräfte gewinnen wir aber nicht nur durch
621 unbürokratische Verfahren. Wir wollen auch sicherstellen, dass sich
622 Migrant*innen durch eine gelebte Ankommens- und Willkommenskultur schnell bei
623 uns einleben und gern bei uns leben. Denn eine aktive Willkommenskultur macht
624 uns auch als Wirtschaftsstandort attraktiv. Dazu gehört es auch, Rassismus und
625 Ausgrenzung entgegenzutreten, die nicht zuletzt Europas Wohlstand schaden. Um
626 Angebote für eine gute und schnelle Integration vor Ort zu unterstützen, wollen
627 wir den kommunalen Integrationsfonds stärken und weiter ausbauen.

628 Wir wollen alle Arbeitskräfte gegen Ausbeutung schützen – auch Menschen ohne
629 Papiere. Faire Arbeitsbedingungen dürfen nicht von der Herkunft abhängen. Dazu
630 wollen wir mehrsprachige und niedrighschwellige Beschwerde- und
631 Beratungsstrukturen ausbauen und stärken, damit sich alle Arbeiter*innen an sie
632 wenden können.

633 **Gemeinsame Asylpolitik angehen**

634 Wir kämpfen für eine EU, die den Zugang zum Grundrecht auf Asyl garantiert sowie
635 humanitäre und völkerrechtliche Verpflichtungen einhält. Wir stehen zur Genfer
636 Flüchtlingskonvention, der Europäischen Menschenrechtskonvention, der UN-
637 Kinderrechtskonvention, der Behindertenrechtskonvention und dem internationalen
638 Seerecht.

639 Eine langfristige, geordnete und faire gemeinsame Asylpolitik ist nötig, um
640 menschenunwürdige Ad-hoc-Lösungen zu beenden. Mit einer fairen und verbindlichen
641 Verteilung von Schutzsuchenden stärken wir die Solidarität zwischen den
642 Mitgliedstaaten und verteidigen unsere gemeinsamen Werte. Abschottung und
643 Grenzzäune schaffen Chaos und Leid, rechtsstaatliche Verfahren sorgen für

644 Humanität und Ordnung.

645 Gerade Staaten mit europäischen Außengrenzen sind auf eine geordnete Verteilung
646 und Unterstützung der EU sowie auf Solidarität beim rechtsstaatlichen
647 Grenzmanagement angewiesen. Wir setzen uns deshalb für einen dauerhaften,
648 verlässlichen und verpflichtenden Solidaritäts- und Verteilmechanismus ein. Um
649 die gemeinsamen Herausforderungen zu bewältigen, müssen sich alle
650 Mitgliedstaaten einbringen – ob durch die Aufnahme von Schutzsuchenden oder
651 durch finanzielle Unterstützung für die Aufnahme von Geflüchteten. Geld- und
652 Sachleistungen an Drittstaaten sind dabei keine Kompensation. Mitgliedstaaten,
653 die in besonderem Maße Geflüchtete aufnehmen, müssen gestärkt und finanziell
654 entlastet werden.

655 Viele Kommunen in der EU sind bereit, beherzt anzupacken. Bei der Verteilung von
656 Geflüchteten innerhalb der EU wollen wir eine aktive Rolle der Kommunen stärken
657 und die kommunalen Integrationsfonds ausbauen. Wenn es um die Verteilung
658 Geflüchteter auf der europäischen Ebene geht, möchten wir die Ressourcen der
659 Länder und Kommunen über einen Matching-Mechanismus mit den Bedürfnissen der
660 Geflüchteten in Einklang bringen.

661 Um das Vertrauen in unser Asylsystem zu stärken, wollen wir die EU-Asylagentur
662 in ihren Befugnissen erweitern, damit sie die gemeinsamen europäischen
663 Asylregeln durchsetzen kann. Perspektivisch soll die Behörde dort, wo das System
664 in einzelnen Mitgliedstaaten überlastet ist, auch die Kompetenz für
665 Asylverfahren erhalten. Dabei sind menschenrechtliche Verpflichtungen
666 einzuhalten und streng zu kontrollieren.

667 **Humanität und Ordnung an den Außengrenzen sicherstellen**

668 Die EU ist ein Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts. Das Recht auf
669 Freizügigkeit bzw. der Abbau von Grenzen innerhalb Europas war und ist eine der
670 größten Errungenschaften für das Zusammenwachsen der europäischen Gemeinschaft.
671 Deshalb lehnen wir dauerhafte und stationäre Binnengrenzkontrollen ab.

672 Ein gemeinsamer Schengen-Raum braucht kontrollierte Außengrenzen. Denn für die
673 Freiheit und Sicherheit im Inneren müssen wir zuverlässig wissen und
674 kontrollieren können, wer nach Europa kommt.

675 Die Glaubwürdigkeit der europäischen Werte und damit auch der Einfluss
676 europäischer Politik nach außen setzt indes die Achtung von Recht und Werten im
677 eigenen Handeln voraus. Mit dieser Erkenntnis ist es schwer vereinbar, dass das
678 europäische Versprechen von Humanität und Rechtsstaatlichkeit für Tausende
679 jährlich an Stacheldraht und Patrouillenbooten zerschellt.

680 Dem Versuch, Geflüchtete rechtswidrig zurückzudrängen, stellen wir uns
681 entschieden entgegen. Menschen, die bei uns in Europa ankommen, müssen
682 zuverlässig registriert, erstversorgt und menschenwürdig untergebracht werden.
683 Das Recht auf Einzelfallprüfung und das Nichtzurückweisungsgebot gelten dabei
684 immer und überall.

685 Trotz dieser völker- und europarechtlich verbrieften Prinzipien erleben wir an
686 Europas Außengrenzen immer wieder systematische Rechtsbrüche. Menschen sind
687 Misshandlungen ausgesetzt, ihnen wird der Zugang zum Asylverfahren verweigert
688 oder sie werden in Seenot ihrem Schicksal überlassen. Wir setzen uns dafür ein,
689 dass illegale Pushbacks rechtlich und politisch konsequent geahndet werden. Wir
690 wollen außerdem das staatliche und zivilgesellschaftliche
691 Menschenrechtsmonitoring durch die EU-Grundrechteagentur weiter ausbauen.
692 Gleichzeitig bedarf es einer engmaschigen parlamentarischen Kontrolle von
693 Frontex- Einsätzen und einer systematischen Menschenrechtsbeobachtung vor Ort.
694 Hilfs- und Menschenrechtsorganisationen benötigen jederzeit Zugang zu den
695 Geflüchteten und den Grenzregionen. Kooperationen der EU mit Drittstaaten müssen
696 immer auf der Basis von Grund- und Menschenrechten erfolgen. Die Zusammenarbeit
697 mit der libyschen Küstenwache wollen wir endlich beenden.

698 Wir stehen entschlossen an der Seite der vielen Engagierten, die Geflüchtete
699 versorgen und beraten. Wir wollen sicherstellen, dass Presse, NGOs und
700 Anwält*innen ungehindert Zugang zu ihnen haben, um ihrem humanitären Engagement
701 nachzugehen. Die Bedarfe von besonders schutzbedürftigen Gruppen wie Frauen,
702 queeren Menschen, Kindern oder Menschen mit Behinderungen müssen wir dabei
703 besonders in den Blick nehmen. Kinder, die sich allein auf den Fluchtweg machen,
704 müssen wir besser vor kriminellen Strukturen schützen. Sie müssen kindergerecht
705 untergebracht und versorgt werden.

706 **Spurwechsel, Migrations- und Rückführungsabkommen**

707 Alle Menschen, die in Europa Schutz suchen, haben ein Recht auf faire und
708 rechtsstaatliche Asylverfahren. Wir fordern, dass sie dabei Zugang zu
709 unabhängigen Asylberatungen haben, um ihre Rechte zu kennen und durchzusetzen.
710 Auch im Rahmen von möglichen Grenzverfahren muss eine unabhängige Rechtsberatung
711 gewährleistet sein.

712 Gleichzeitig wissen wir, dass nicht alle Asylverfahren zu einer
713 Aufenthaltserlaubnis führen. Wer nach sorgfältiger Prüfung der asyl- und
714 aufenthaltsrechtlichen Voraussetzungen sowie nach Ausschöpfung aller
715 Rechtsmittel kein Aufenthaltsrecht erhalten hat, muss zügig wieder ausreisen –
716 sofern dem keine Abschiebehindernisse entgegenstehen. Rückführungen sind immer
717 mit besonderen menschlichen Härten verbunden. Wir wollen, dass die freiwillige
718 Rückkehr Vorrang vor zwangsweisen Rückführungsmaßnahmen hat. Deshalb setzen wir
719 uns für eine europaweite, ergebnisoffene und unabhängige Rückkehrberatung ein.

720 Klar ist auch, dass Menschen nicht in Staaten abgeschoben werden dürfen, in
721 denen ihnen Menschenrechtsverletzungen oder eine erhebliche Gefahr für Leib und
722 Leben drohen. Eine Rückführung darf nur in Länder erfolgen, zu denen die
723 betroffene Person eine klare Verbindung hat. Das Konzept der sicheren
724 Drittstaaten finden wir weiterhin falsch. Der Abschluss von sogenannten
725 Rückführungs- oder Migrationsabkommen muss menschenrechtsbasiert, die
726 Zusammenarbeit mit den Herkunftsstaaten partnerschaftlich und auf Augenhöhe
727 erfolgen. Sie darf nicht von finanzieller Unterstützung im Rahmen der
728 Entwicklungszusammenarbeit abhängig gemacht werden.

729 Das Konzept der sicheren Herkunftsstaaten finden wir falsch, denn es löst keine
730 Probleme. Was hilft, ist: alle Asylverfahren beschleunigen und die Qualität der
731 Entscheidung verbessern. Länder, die ihren Staatsbürger*innen eine sichere
732 Rückkehr garantieren, sollen über Visaerleichterungen oder
733 Ausbildungspartnerschaften eine Aussicht auf geordnete Migration erhalten.
734 Menschen, die schwere Straftaten begangen haben, müssen nach Verbüßung ihrer
735 Strafe prioritär zurückgeführt werden.

736 Viele Geflüchtete leben bereits lange in Europa, bringen sich ein und stehen in
737 Beschäftigungsverhältnissen. Wir wollen ihnen eine bessere Perspektive geben.
738 Denn es ist nicht zumutbar, dass Menschen trotz tiefer Verwurzelung in die
739 europäische Gesellschaft täglich Sorge vor einer Abschiebung haben müssen. Wir
740 setzen uns deshalb für einen Spurwechsel ins europäische Einwanderungssystem
741 ein.

742 **Menschen in Seenot retten**

743 Jedes Jahr sterben Tausende Menschen beim Versuch, das Mittelmeer zu überqueren.
744 Als EU ist es unsere Verpflichtung, die Augen vor diesem unerträglichen Zustand
745 nicht zu verschließen. Kein Mensch sollte für das Recht, um Asyl zu ersuchen,
746 das eigene Leben oder das der Familie und Kinder riskieren müssen. Wir dürfen
747 nicht länger hinnehmen, dass das Mittelmeer die tödlichste Grenze der Welt
748 bleibt.

749 Das Völkerrecht verpflichtet uns dazu, Menschen in Seenot zu retten. Es braucht
750 endlich eine europäische Initiative für eine zivile, flächendeckende und
751 staatlich koordinierte Seenotrettung. Wir stehen an der Seite der
752 Seenotretter*innen, die Menschenleben retten. Alle Mitgliedstaaten der EU sind
753 dafür verantwortlich, zu gewährleisten, dass Seenotrettungsorganisationen ihre
754 Einsätze gefahrlos absolvieren können. Der erfolgte Einstieg Deutschlands in die
755 finanzielle Unterstützung privater Seenotrettungs-NGOs ist hier ein wichtiger
756 Schritt. Die Seenotrettungsschiffe dürfen nicht durch Behörden in ihrer Arbeit
757 behindert werden. Rettungsschiffe müssen die Gelegenheit haben, den
758 nächstgelegenen sicheren Hafen anzulaufen, damit die Menschen an Land gehen und
759 versorgt werden können. Ein Auslaufen von Rettungsschiffen darf nicht behindert

760 und Seenotrettung nicht kriminalisiert werden. Um Menschenleben zu retten,
761 treten wir für die Verbesserung der staatlichen, unter anderem finanziellen,
762 Unterstützung ziviler Organisationen ein. Wenn Menschen von
763 Seenotrettungsschiffen aufgenommen werden, müssen sie Zugang zum Antrag auf Asyl
764 erhalten.

765 **Sichere und legale Fluchtwege schaffen**

766 Der wirksamste Weg, irregulärer Migration entgegenzuwirken, ist die Schaffung
767 sicherer und legaler Migrationswege. So schützen wir nicht nur Menschenleben,
768 sondern legen auch Schleuser*innen das Handwerk.

769 Wir setzen deshalb auf partnerschaftliche Mobilitäts- und Migrationsabkommen mit
770 Staaten außerhalb der EU. Diese sollen vor allem Wege zur Bildungs- und
771 Arbeitsmigration schaffen und können gleichzeitig die menschenrechtlich
772 abgesicherte Rückführung abgelehnter Asylbewerber*innen umfassen.

773 Wir setzen uns dafür ein, das Resettlement-Programm des Flüchtlingshilfswerks
774 UNHCR deutlich auszubauen und zu stärken. So können durch die Vereinten Nationen
775 (UN) anerkannte und besonders schutzbedürftige Geflüchtete geordnet und
776 solidarisch auf die Aufnahmeländer verteilt werden. Wir wollen, dass sich der
777 Anteil nach der Wirtschaftskraft der Staaten bemisst. Das EU-Resettlement muss
778 sich dabei an den UNHCR-Kriterien orientieren und darf das individuelle Recht
779 auf Asyl nicht schwächen.

780 Mit der Erteilung von humanitären Visa wollen wir sicherstellen, dass
781 Asylsuchende Europa erreichen können, ohne ihr Leben zu gefährden. Als EU müssen
782 wir in besonderem Maße unserer Verantwortung gegenüber ehemaligen Ortskräften
783 sowie besonders gefährdeten Afghan*innen und ihren Familien gerecht werden. Wir
784 setzen uns deshalb dafür ein, dass Aufnahmeprogramme gestärkt werden.
785 Afghanischen Frauen, die in Drittstaaten geflohen sind und denen seit der
786 Machtübernahme der Taliban ein Studium in ihrem Heimatland untersagt ist, wollen
787 wir mit einem europäischen Stipendienprogramm ermöglichen, ihr Studium
788 fortzusetzen.

789 Wir treten dafür ein, dass Geflüchtete ihre Angehörigen nachholen können.
790 Familien gehören zusammen. Gleichzeitig unterstützen stabile Lebensverhältnisse
791 die Integration.

792 **6. Ein vereintes Vorgehen gegen Kriminalität**

793 **Polizeiliche Zusammenarbeit stärken**

794 Ein starker Raum der Freiheit und Freizügigkeit braucht handlungsfähige
795 Institutionen, die Recht und Demokratie schützen, und er braucht Männer und
796 Frauen, die oft unter großem persönlichen Einsatz diesen Auftrag erfüllen.
797 Kriminalität findet grenzüberschreitend statt und verursacht enorme Schäden –
798 sie bedroht die individuelle Sicherheit aller Menschen, unsere Lebensqualität,
799 unseren Wohlstand. Die EU muss darauf antworten: Die zunehmende Vernetzung
800 unserer Gesellschaft und Wirtschaft muss sich auch in der Zusammenarbeit unserer
801 Sicherheitsbehörden widerspiegeln. Moderne und effiziente Polizei- und
802 Justizarbeit muss in einem vereinten Europa ebenfalls grenzüberschreitend
803 stattfinden sowie im Einklang mit Bürger*innen-Rechten und rechtsstaatlichen
804 Standards operieren. Wir setzen auf wirksame Prävention und gemeinsame
805 Strafverfolgung.

806 Die europäische Polizeibehörde Europol wollen wir dafür ausbauen. Europol soll
807 eigene operative Möglichkeiten für die Bekämpfung von Terrorismus und
808 Organisierter Kriminalität (OK) bekommen. Das Europol-Informationssystem (EIS)
809 entwickeln wir weiter, um den Datenaustausch zu verbessern. Die Aufsicht von
810 Europol durch das Europäische Parlament wollen wir stärken, um Transparenz
811 sicherzustellen. Neben dem Ausbau von Europol sind Austausch und Vernetzung der
812 europäischen Polizei ein Schlüssel zum Erfolg: Die polizeiliche Zusammenarbeit
813 fördern wir durch den Ausbau gemeinsamer Joint-Investigation-Teams, die in enger
814 Zusammenarbeit Ermittlungen durchführen. Gemeinsame Zentren der Polizei in
815 Grenzregionen bauen wir auf Ebene der EU aus.

816 Vor allem wollen wir die europäische Perspektive in Praxis und Theorie der
817 Polizeiarbeit stärken: Wir schaffen ein europaweites, gefördertes
818 Austauschprogramm für Polizist*innen, bauen die Kooperation und Forschung an
819 Polizeihochschulen und Universitäten aus – und stärken so eine
820 wissenschaftsbasierte Kriminalpolitik. Auch Drittstaaten wollen wir hierbei
821 einbeziehen.

822 **Organisierte Kriminalität bekämpfen**

823 Organisierte Kriminalität (OK) schädigt Menschen europaweit. Sie kostet
824 Steuerzahler*innen und Unternehmen Milliardenbeträge. Sie kann Demokratie und
825 Rechtsstaat unterwandern. Beispiele hierfür sind die Mordanschläge auf
826 investigative Journalist*innen, die Unterwanderung legaler Wirtschaftsbereiche
827 oder die politische Einflussnahme durch Korruption. Damit schädigt die OK
828 insbesondere wirtschaftlich schwache Regionen in Europa und hindert deren
829 Entwicklung. Wir wollen entschlossen und gemeinsam gegen Organisationen der OK
830 vorgehen. Gruppierungen wie die Mafia nehmen wir dabei besonders in den Blick.
831 Dafür stärken wir die grenzüberschreitende Zusammenarbeit von Kriminalpolizei
832 und Justiz. Die europäischen Gesetze zur Bekämpfung der OK wollen wir
833 harmonisieren.

834 Die organisierte Wirtschaftskriminalität betrachten wir stärker, schützen so
835 auch Verbraucher*innen vor Betrug und Unternehmen vor unfairem Wettbewerb. Den
836 Kampf gegen die unterschiedlichen Formen des Menschenhandels wollen wir
837 konsequent führen und den Opfern besonderen Schutz zukommen lassen. Ein
838 Schwerpunkt für uns ist die Bekämpfung der Umweltkriminalität und Agromafia: Die
839 illegale Entsorgung von Müll, der illegale Holzeinschlag oder der Handel mit
840 fragwürdig erzeugten Lebensmitteln verursachen enorme Schäden für Mensch und
841 Umwelt. Den Handel mit illegalen Drogen werden wir eindämmen. Ein nachhaltiges
842 Vorgehen gegen kriminelle Aktivitäten kann nur in Zusammenarbeit mit der
843 Zivilgesellschaft gelingen und muss auf Prävention setzen. Daher werden wir
844 zivilgesellschaftliche Organisationen unterstützen, die sich gegen die OK
845 engagieren.

846 **Gegen Geldwäsche vorgehen**

847 Geldwäsche und Finanzkriminalität verursachen hohe finanzielle Schäden für Staat
848 und Gesellschaft. Allein in Deutschland werden schätzungsweise rund 100
849 Milliarden Euro jährlich „gewaschen“. Der Skandal um die Wirecard AG hat viele
850 Tausende von Kleinanleger*innen geschädigt. Wir wollen entschieden gegen
851 Geldwäsche und Finanzkriminalität vorgehen. Auch den organisierten Steuer- oder
852 Subventionsbetrug werden wir ins Visier nehmen. Finanzausschüsse bieten häufig
853 erste Ermittlungsansätze und können helfen, kriminellen Gruppen die
854 Geschäftsgrundlage zu entziehen. Für uns ist klar: Kriminalität darf sich nicht
855 lohnen!

856 Die neue europäische Anti-Geldwäschebehörde AMLA wollen wir zu einer
857 schlagkräftigen Institution im Kampf gegen Geldwäsche und
858 Terrorismusfinanzierung entwickeln. Wir drängen darauf, dass alle EU-
859 Mitgliedstaaten nun ohne Verzug europäische und internationale Standards zur
860 Bekämpfung der Geldwäsche national umsetzen. Zusätzlich soll der automatische
861 Austausch von Steuerinformationen intensiviert werden. Wir setzen uns dafür ein,
862 dass international auf Ebene der G7/G20 ein Anti-Geldwäsche-Aktionsplan
863 vorangetrieben wird. Wir setzen uns für ein europäisches Vermögensregister ein.
864 Behörden sollten europaweit die wirtschaftlichen Eigentümer von
865 Vermögensgegenständen einsehen dürfen, die von Kriminellen regelmäßig für
866 Geldwäsche missbraucht werden. Schlupflöcher und Umgehungsmöglichkeiten der
867 Transparenzregister, die zur Bekämpfung von Geldwäsche und
868 Terrorismusfinanzierung dienen, werden wir weiter einschränken. Der Zugang zu
869 den Transparenzregistern soll für die Zivilgesellschaft, Journalist*innen und
870 andere Gruppen mit berechtigtem Interesse einfach, kostenfrei und anonym möglich
871 sein. Immobilien müssen wirksam vor Spekulationen durch illegales Geld geschützt
872 werden. So schützen wir auch Mieter*innen. Dafür werden wir die
873 Transparenzvorschriften und Kontrollen beim Immobilienerwerb verbessern. Die
874 grenzüberschreitende Zusammenarbeit von Strafverfolgungsbehörden und Instrumente
875 im Bereich Vermögensabschöpfung wollen wir verbessern. Vermögen unklarer
876 Herkunft in Zusammenhang mit kriminellen Aktivitäten muss einfacher eingezogen

877 werden können. Für Bargeld werden wir EU- weit gültige Höchstgrenzen festlegen,
878 um den Transfer von inkriminierten Finanzmitteln zu erschweren. Das Europäische
879 Amt für Betrugsbekämpfung OLAF werden wir personell und finanziell stärken,
880 damit es wirksam gegen Betrugs- oder Korruptionsstraftaten, zum Beispiel die
881 Veruntreuung von europäischen Fördergeldern, vorgehen kann.

882 **Terrorismus das Handwerk legen**

883 Terroristische Anschläge oder Gewalttaten, derzeit hauptsächlich islamistisch
884 und rechtsextrem motiviert, erzeugen unermessliches menschliches Leid. Sie
885 stellen eine enorme Gefahr für die öffentliche Sicherheit dar. Terrornetzwerke
886 reichen oft über den gesamten Kontinent und darüber hinaus. Die EU kann und muss
887 hier einen wirkungsvollen Beitrag zum Schutz leisten. Eine konsequente und gut
888 abgestimmte polizeiliche wie nachrichtendienstliche europaweite Zusammenarbeit
889 mit einheitlichen Standards und Definitionen ist notwendig, um dem Terror das
890 Handwerk zu legen. Wir wollen hierfür die Stelle des Anti-Terror-Koordinators
891 bzw. der Anti-Terror-Koordinatorin der EU aufwerten und die Mitgliedstaaten zu
892 mehr Austausch und Kooperation verpflichten.

893 Gute Präventionsarbeit ist das beste Mittel, damit Menschen nicht in die
894 politische Gewaltszene und den Terrorismus abrutschen. Dafür brauchen wir den
895 europaweiten Erfahrungsaustausch demokratischer Kräfte, den wir finanziell
896 fördern wollen. Dazu zählt die Bildungsarbeit an Schulen oder
897 Jugendeinrichtungen. Programme zur Deradikalisierung oder Angebote für
898 Aussteiger*innen aus der islamistischen oder rechtsextremen Szene wollen wir EU-
899 weit etablieren. Die Entwicklung anderer und neuer Extremismusformen beobachten
900 wir genau. Onlineplattformen spielen eine wichtige Rolle bei der Verbreitung von
901 Terrorpropaganda. Wir wollen, dass Onlineplattformen entschiedener dagegen
902 vorgehen und entsprechende Inhalte löschen.

903 Durch eine entschiedene Bekämpfung der Terrorismusfinanzierung wollen wir dem
904 Terror die operative Grundlage entziehen. Wir richten den Blick darauf, wo sich
905 terroristische und kriminelle Strukturen überschneiden. So unterbinden wir den
906 Zugang zu Schwarzmärkten und legen wichtige Finanzquellen trocken. Wir setzen
907 uns für gemeinsame Standards und einen intensiven Austausch bei der Verfolgung
908 von Terrorist*innen ein.

909 Bei der Beobachtung potenzieller Gewalttäter*innen braucht es ein europaweit
910 einheitliches Vorgehen, damit die Sicherheitsbehörden nicht aus administrativen
911 Gründen ihre Spur verlieren. Den Begriff des „Gefährders“ wollen wir deshalb EU-
912 weit einheitlich definieren, um eine grenzüberschreitende Fallbearbeitung
913 sicherzustellen.

914 Schwere Gewalttaten und Terroranschläge haben in der Vergangenheit immer wieder
915 gezeigt, dass Schusswaffen oder Ausgangsstoffe für Explosivstoffe zu leicht

916 verfügbar sind. Wir wollen die Verfügbarkeit von illegalen Schusswaffen
917 einschränken und den Schwarzmarkt austrocknen. Für sogenannte Anscheinswaffen,
918 beispielsweise Sammlerstücke, wollen wir wirksame europäische Standards
919 einführen, damit eine Reaktivierung der Waffen nicht mehr möglich ist. Waffen
920 und relevante Waffenteile müssen lückenlos registriert werden. Wir setzen uns
921 für gemeinsame und strenge Standards für die Zuverlässigkeitsprüfung für
922 Waffenbesitzer*innen ein. Den Missbrauch von Ausgangsstoffen von Explosivstoffen
923 wollen wir durch ein strenges Monitoring unterbinden.

924 **Nachrichtendienste effektiv aufstellen**

925 Grenzüberschreitender Terrorismus, geheimdienstliche Aktivitäten,
926 Wirtschaftsspionage oder Desinformationskampagnen bedrohen unsere liberale und
927 offene Gesellschaft. Besonders autoritäre Staaten wie China, Russland oder Iran
928 nehmen dabei die gesamte EU in den Blick und koordinieren ihre Vorgehen in den
929 verschiedenen Mitgliedstaaten. Beispiele hierfür sind Angriffe auf
930 Oppositionelle oder auf unsere Kritischen Infrastrukturen (KRITIS). Dem müssen
931 wir uns in Europa gemeinsam und entschlossen entgegenstellen. Die
932 Nachrichtendienste spielen dabei eine wichtige Rolle und sind Teil einer
933 wehrhaften Demokratie.

934 Bislang wird ihre Arbeit aber oft dadurch behindert, dass Informationen und
935 Erkenntnisse europaweit nicht ausreichend geteilt werden. Wir fordern effektive
936 und demokratische Nachrichtendienste, damit wir die Sicherheit der EU global
937 besser gewährleisten können. Deshalb wollen wir für eine bessere und
938 rechtsstaatliche Zusammenarbeit der europäischen Nachrichtendienste eine
939 europäische Nachrichtendienstagentur gründen. Dort soll in den Mitgliedstaaten
940 gesammeltes Wissen, unter Einhaltung strenger rechtlicher Vorgaben,
941 zusammengeführt und ausgewertet werden, um die Analysefähigkeit zu stärken. Es
942 braucht demokratisch legitimierte und rechtsstaatliche Kontrollmechanismen der
943 Agentur, die unter Einbeziehung des Europäischen Parlaments erarbeitet werden.
944 Wir setzen uns dafür ein, dass nachrichtendienstliche Befugnisse europaweit auf
945 klaren Rechtsgrundlagen stehen, effektiv begrenzt werden und eine
946 parlamentarische Kontrolle in allen Mitgliedstaaten eingehalten wird. Einen
947 rechtswidrigen Ringtausch von fragwürdig erlangten Daten unter den
948 Nachrichtendiensten lehnen wir ab. Darüber hinaus setzen wir uns für eine
949 bessere Vernetzung und Kooperation der mitgliedstaatlichen Aufsichtsbehörden auf
950 der europäischen Ebene ein.

951 **Gemeinsame Strafverfolgung ausbauen**

952 Eine effiziente und gemeinsame Verfolgung von Straftaten braucht einen
953 einheitlichen europäischen Rechtsrahmen – das gilt für das gesamte Spektrum, von
954 der Organisierten Kriminalität bis hin zu Hasskriminalität. Dafür wollen wir
955 insbesondere das Strafrecht weiter harmonisieren. Hasskriminalität wollen wir in

956 die Liste der EU-Straftaten aufnehmen, damit sie europaweit verfolgt werden
957 kann.

958 Um Recht in Europa durchzusetzen, wollen wir die europäischen Strukturen
959 stärken: Die Agentur der Europäischen Union für justizielle Zusammenarbeit in
960 Strafsachen (Eurojust) wollen wir personell und finanziell besser ausstatten und
961 die Europäische Staatsanwaltschaft (EUStA) ausbauen. Sie soll zukünftig eigene
962 Ermittlungen bei grenzüberschreitenden Sachverhalten im Bereich von Terrorismus
963 und OK führen. Grenzüberschreitende Strafverfahren wollen wir vereinfachen und
964 in einem Land bündeln, damit sie gemeinsam durchgeführt werden können. Durch die
965 Digitalisierung des grenzüberschreitenden elektronischen Rechtsverkehrs unter
966 Wahrung der IT-Sicherheit und des Datenschutzes schaffen wir eine schnellere und
967 effizientere Zusammenarbeit der Justiz in Europa.

968 Im Zentrum stehen die Rechte der Bürger*innen: Wir treten für einen effektiven
969 Rechtsschutz von Beschuldigten und Verteidiger*innen ein. Hinweisgeber*innen,
970 Zeug*innen und investigative Journalist*innen spielen eine herausragende Rolle
971 bei der Aufklärung von Straftaten und Rechtsverstößen. Wir wollen sie deshalb
972 besser schützen. Dafür schlagen wir ein EU-Netz vor, das europaweit einen
973 wirksamen Schutz für Menschen bietet, die bei der Aufdeckung und Verfolgung von
974 Straftaten mitwirken. All das soll Menschen dabei unterstützen, bei der
975 Aufklärung von Verbrechen sicher mit der Justiz zusammenzuarbeiten. Das wollen
976 wir nutzen. Aussagen von Kronzeug*innen sollen künftig eine größere Rolle bei
977 der grenzüberschreitenden Strafverfolgung spielen.

978 **Die Bevölkerung schützen**

979 Naturkatastrophen, schwere Unglücke oder humanitäre Notlagen: Außerordentliche
980 Notsituationen können das Leben Tausender Menschen auf den Kopf stellen und
981 gigantische Umweltschäden nach sich ziehen. Ebenso können Angriffe auf unsere
982 Kritische Infrastruktur unabsehbare Auswirkungen haben. Sie sind die Lebensadern
983 unserer modernen Gesellschaft. Sie versorgen uns mit Energie oder Informationen.
984 Einzelne Mitgliedstaaten sind mit Bedrohungen dieses Ausmaßes schnell
985 überfordert. Die EU kann durch eigene Ressourcen und Koordination praktisch
986 helfen – und so Sicherheit und Wohlstand auf unserem Kontinent schützen. Wir
987 wollen den physischen und digitalen Schutz von KRITIS verbessern und
988 zusammendenken. Dabei nehmen wir transnationale Netze stärker in den Blick. Ein
989 verbindliches IT- Schwachstellenmanagement führen wir ein, um Attacken auf
990 digitale Systeme zu verhindern.

991 Durch die Klimakrise drohen Extremwetterereignisse mit ihren teilweise
992 unabsehbaren Folgen weiter zuzunehmen. Eine Stärkung des europäischen
993 Bevölkerungsschutzes kann dabei helfen, Schäden zu reduzieren. Wir wollen das
994 europäische Katastrophenschutzverfahren weiter stärken und mit eigenen
995 europäischen Fähigkeiten ausstatten. Dafür wollen wir zunächst eine echte

996 europäische Löschflugzeugstaffel aufstellen und in die rescEU-Reserve einbinden.
997 Den gesundheitlichen Bevölkerungsschutz und zum Beispiel Kapazitäten zur Hilfe
998 bei Erdbeben oder anderen Großschadenslagen wollen wir ausbauen.

999 **7. Digitale Bürgerrechte**

1000 **Menschenrechte in einer digitalen Welt sichern**

1001 Die schnell fortschreitende Digitalisierung hat einen enormen Einfluss auf die
1002 Art, wie wir zusammen leben. Deswegen entwickeln wir auf der Grundlage unserer
1003 Werte eine Menschenrechtspolitik für das digitale Zeitalter. Wir wollen die EU
1004 dabei als Vorbild und Partnerin für Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechte in
1005 einer globalisierten digitalen Welt stärken. Dazu müssen wir bei der Gestaltung
1006 der digitalen Dimension die Rechte der Menschen immer mitdenken. Menschen haben
1007 das Recht, selbstbestimmt zu leben und weder von KI noch anderen Technologien
1008 vereinnahmt zu werden.

1009 Wir treten dafür ein, dass der digitale Raum stärker unsere vielfältige
1010 Gesellschaft abbildet und bestehende Diskriminierung nicht in den digitalen Raum
1011 übertragen wird. Wir fördern das konsequente Vorgehen gegen Diskriminierung und
1012 eine aktive Beteiligung von Frauen an den Gestaltungspositionen der
1013 Digitalisierung.

1014 Instrumente der Massenüberwachung lehnen wir daher ab. Dazu gehört etwa die
1015 anlasslose Vorratsdatenspeicherung, biometrische Gesichtserkennung, die
1016 Überwachung von Verhalten oder Emotionen. Besonders KI-gestützte Technologien
1017 zur Erkennung von Emotionen oder die Zuschreibungen von teils höchst
1018 persönlichen Eigenschaften wie Geschlecht, sexuelle Orientierung, politische
1019 oder gewerkschaftliche Zugehörigkeit lehnen wir aufgrund der hohen
1020 Wahrscheinlichkeit für Fehler und der möglichen Auswirkungen auf bereits
1021 marginalisierte Gruppen ab. Die Forschung und der Einsatz besonders von
1022 Emotionserkennung zur Unterstützung im medizinischen und sozialen Bereich sollen
1023 davon aber nicht betroffen sein. Das Recht auf eine sichere Kommunikation und
1024 Verschlüsselung wollen wir stärken und ausbauen. Sie ist gerade für eine freie
1025 Presseberichterstattung oder für die Arbeit von oppositionellen Kräften in
1026 autoritären Ländern von entscheidender Bedeutung.

1027 Der anlasslosen Verarbeitung von umfassenden Fluggastdaten und der Ausweitung
1028 entsprechender Systeme auf andere Sektoren treten wir klar entgegen. Auch in der
1029 EU wird Spyware eingesetzt, die tief in die Privatsphäre eindringt. Die
1030 Verwendung von Spyware, zum Beispiel zur Überwachung von Journalist*innen oder
1031 Staatsanwält*innen, lehnen wir ab.

1032 **Gegen Hass im Netz vorgehen**

1033 Der Zugang zu verlässlichen Informationen und Nachrichten ist eine Voraussetzung
1034 der Demokratie. Soziale Medien und andere moderne Kommunikationsplattformen
1035 erlauben es heute, dass Informationen und Nachrichten auf unterschiedlichste
1036 Weise aufbereitet und diskutiert werden können.

1037 Durch Propagandakampagnen wird die demokratische Meinungsbildung gefährdet.
1038 Wahlen sollen bewusst mit Mitteln der Desinformation beeinflusst werden. Wir
1039 treten dafür ein, dass Sanktionen gegen staatliche Propagandaplattformen, die
1040 gezielt Desinformationen verbreiten, etwa Russia Today, konsequent durchgesetzt
1041 werden. Wir wollen, dass regelmäßig und europaweit Lagebilder zu
1042 Desinformationen erstellt werden, um die Grundlage für eine effektive Bekämpfung
1043 zu schaffen.

1044 Hass, Hetze und Desinformation greifen gezielt die offene Debatte an diesen
1045 Orten an. Mit offenem Frauenhass wird versucht, Frauen aus dem digitalen Raum zu
1046 drängen. Algorithmen und Targeting dominanter Digitalplattformen tragen dazu
1047 einen wesentlichen Beitrag, indem sie Hassnachrichten und Desinformation
1048 verstärkt verbreiten. In der Folge ziehen sich von Hassrede betroffene Personen
1049 häufig zurück oder schränken ihre Meinungsäußerung ein – zum Schaden der
1050 demokratischen Debatte.

1051 Die algorithmische Verstärkung von Hass und Hetze nehmen wir ins Visier. Mit dem
1052 Digitale- Dienste-Gesetz und dem Digitale-Märkte-Gesetz haben wir in Europa die
1053 Grundsteine gelegt, um mit Nutzer*innen-Rechten, Transparenz und klaren Regeln
1054 Hassrede entgegenzutreten, ein demokratischeres Internet zu schaffen und
1055 Wettbewerb wiederherzustellen. Diese Regeln gilt es, jetzt in Deutschland und
1056 Europa konsequent durchzusetzen und weiterzuentwickeln.

1057 Zivilgesellschaftliche Organisationen müssen von Hass und Hetze betroffene
1058 Personen einfacher bei der Wahrnehmung ihrer Rechte unterstützen können. Dafür
1059 wollen wir auch eine europaweite Opferberatung und niedrighschwellige
1060 Hilfsangebote etablieren. Die Einrichtung von Spezialdienststellen bei Polizei
1061 und Staatsanwaltschaften in den Mitgliedstaaten wollen wir unterstützen. Die
1062 konsequente Durchsetzung des Strafrechts kann auch durch die rechtlich
1063 gesicherte automatisierte Erkennung von strafrechtlich relevantem Material, zum
1064 Beispiel Hassposts, unterstützt werden, das anschließend von den
1065 Ermittlungsbehörden überprüft wird. Europol soll gegen europaweit agierende
1066 Netzwerke vorgehen, die gezielt Hass und Hetze im Netz verbreiten.

1067 Gleichzeitig können auch klassische Medien bei der Verbreitung von
1068 Desinformation eine wichtige Rolle spielen, wenn sie zum Beispiel Informationen
1069 ohne Überprüfung aus den sozialen Medien übernehmen oder gar selbst aktiv bei
1070 der Verbreitung von Falschinformationen mitwirken. Die Verbreitung von
1071 hochwertigen gefälschten Videos, sogenannten Deepfakes, oder durch KI
1072 manipulierten Bildern lässt Desinformationen noch glaubwürdiger erscheinen und

1073 ist für viele Menschen nur schwer erkennbar. Daher haben wir im Rahmen des KI-
1074 Gesetzes erfolgreich die adäquate Kennzeichnung der Deepfakes verankert. Ein
1075 wichtiger Baustein der Bekämpfung von Desinformationen in einer Demokratie liegt
1076 in der Stärkung der Informationskompetenz, damit Menschen besser
1077 Desinformationen erkennen können.

1078 Sogenannte Social Bots, die automatisch Inhalte in sozialen Medien verbreiten,
1079 sollen entsprechend gekennzeichnet und somit unterscheidbar von menschlichen
1080 Nutzer*innen werden.

1081 **Europas IT schützen**

1082 Wenn unsere digitale Infrastruktur eine immer wichtigere Rolle für unser
1083 Zusammenleben spielt, kommt ihrem Schutz eine große Bedeutung bei. Der beste
1084 Schutz vor Cybercrime aber liegt in der Prävention und in der Resilienz
1085 digitaler Systeme. Wir sorgen für eine konsequente Etablierung von hohen IT-
1086 Sicherheitsanforderungen in digitalen Produkten, Diensten und Prozessen. Wir
1087 setzen uns für eine zügige Umsetzung der aktualisierten EU- Richtlinie zur
1088 Cybersicherheit ein, um ein EU-weites Sicherheitsniveau zu etablieren. Wir
1089 wollen die europäische Kooperation im Bereich der Cyberabwehr deutlich stärken.
1090 Die Agentur der Europäischen Union für Cybersicherheit entwickeln wir hierfür
1091 weiter.

1092 Der Cyberraum wird zunehmend Schauplatz von Kriegen und Konflikten. Das sehen
1093 wir eindringlich in der Ukraine, wo die militärische Aggression Russlands von
1094 Cyberoperationen begleitet wird. Auch Cyberattacken etwa auf digitale Wahl- und
1095 Verwaltungssysteme sind eine Bedrohung für unsere Demokratie und Sicherheit. Wir
1096 setzen uns für einen norm- und regelbasierten Cyberraum ein, der von Diplomatie
1097 und internationaler Zusammenarbeit geprägt ist. Gleichzeitig geht
1098 Cybersicherheit mit digitaler Souveränität einher. Hier wollen wir Kompetenzen
1099 in der EU ausbauen.

1100 Wir wollen in Europa die rechtlichen und technischen Rahmenbedingungen für
1101 sichere „Digitale Botschaften“ schaffen. Damit sollen staatliche und öffentlich
1102 relevante Datenbanken und technische Infrastrukturen in anderen europäischen
1103 Mitgliedstaaten gesichert vorgehalten werden können, um auch in Krisen- und
1104 Kriegssituationen die Arbeitsfähigkeit und den Zugang zu Daten, zum Beispiel von
1105 Parlamenten, der öffentlichen Verwaltung, der Justiz oder den
1106 Sozialversicherungen, zu ermöglichen.

1107 Das hohe Tempo der Digitalisierung und die Zunahme digitaler Dienstleistungen
1108 haben auch zu einer Verlagerung von Straftaten ins Netz geführt. Darauf muss die
1109 Strafverfolgung reagieren, besonders auf europäischer Ebene, denn Cybercrime
1110 kennt ebenso wie das Internet keine Grenzen. Dafür stärken wir die Rolle von
1111 Europol bei der Bekämpfung von Kriminalität im Netz. Auch die europaweite

1112 polizeiliche Zusammenarbeit zur Erkennung und Bekämpfung stärken wir. So gehen
1113 wir auch entschieden gegen die Verbreitung von sexualisierten
1114 Gewaltdarstellungen von Kindern und Jugendlichen im Netz vor. Wir wollen mit
1115 gezielten Kampagnen die Bürger*innen für Betrugsdelikte sensibilisieren, die im
1116 Internet begangen werden.